

und ist durch die  
Gehobten, Neue Gewandtheit, d/0,  
und durch Kolportage zu begreifen.  
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,  
pro Monat 20 Pf.  
Durch die Post bezogen Mk. 2.50,  
frei ins Haus Mk. 2.90,  
pro seine Welt am Ort, Mk. 2.24.

# WIRTSCHAFT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Colonielle oder deren Raum  
25 Pfennige,  
für Arbeitsmarkt, Vereins- und  
Versammlung-Anzeigen  
15 Pfennige,  
auswärtige Anzeigen 25 Pf.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 62.

Dienstag, den 15. März 1910.

21. Jahrgang.

### Die gemeinsame Wahlrechts- Rundgebung in Breslau.

Wie stehen sie nun da, die behördlichen Gewaltigen, die dem Plane einer neuen Wahlrechts-Rundgebung „Am Interesse der Stetigkeit und Ordnung“ zu widersehen versuchen? Als die b'anterten Europäer! Die Demonstration, für die wir einen städtischen Platz nicht erhalten konnten, damit der Polizeipräsident es nicht übernimmt, die Demonstration, die das Polizeipräsidentium nicht unter freiem Himmel gestatten wollte wegen der „Ausbreitungen“, die zu befürchten waren, sie hat stattgefunden, ebenso umfangreich, ebenso begeistert, als ob überhaupt kein Verbot und keine Ablehnung ergangen wäre! Das preußische Proletariat hat gelernt, die Bevormundungsfucht seiner Polizei überall dort zu durchkreuzen, wo es sich um eine einseitige Beschränkung unseres Vereinsgesetzes handelt — siehe Koll. den „Gegner“ — und außerdem hat es die „Wirt“-Genossen, der noch höher ist, als Polizeipräsident und Oberbürgermeister. Er heißt Petrus und machte das Demonstrantenwetter, am vorigen Sonntag für Berlin, gestern für Breslau — ein Demonstrantenwetter, das das alle vielberufene Hohenzollernwetter darüber ganz in Vergessenheit gerät, er wartete mit seinem Schnee sogar bis zum Montag. Die erste Vorbedingung für das gute Gelingen unserer Rundgebung war damit gegeben. Freitag Vormittag 8 1/2 Uhr kam uns die Mitteilung, daß die Polizei die Versammlung unter freiem Himmel nicht genehmigt habe, Freitag Vormittag um 11 Uhr stand es bereits fest, daß die Rundgebung nunmehr in Morgenau stattfinden würde. Sollten wir nicht im Proletariertertel tagen, dann konnten wir ja einen Frühlingsspaziergang durch die Stadt und die Promenade bis in den benachbarten Ausflugsort machen, also gerade das tun, was die Polizei verhindern wollte. Ihre Maßnahmen sind sicher immer sehr weise, nur manchmal etwas dunkel und deshalb sorgte diesmal das Verbot dafür, daß die Stadt in ihrer vollen Ausdehnung von den Wahlrechts-spaziergängern etwas zu sehen bekam, schließlich die 10.000 Menschen, die sich in Morgenau versammelt hatten, nicht gut in Pricham übermachten konnten.

Der Anmarsch der Demonstranten begann schon kurz vor 10 Uhr. Noch früher hatten sich die ersten Pickelhauben in der Stadt und am Weidenbamm aufgestellt, denen bald mehrere Hundert unserer Ordner in weißen Armbinden folgten. Sie hatten Mühe, die ankommenden Scharen auf die einzelnen Lokale so zu verteilen, daß nirgends eine Überfüllung eintrat und nirgends eine Lücke blieb. Denn bald wuchs die Zahl der Ankommenden zu einem ununterbrochenen Menschenstrom, der sich eine Stunde lang in die zum Teil tiefenkalten Säle ergoß. Um 11 1/4 Uhr, lange bevor die letzten Teilnehmer angekommen waren, begannen an acht Stellen die Versammlung, zwei davon tagen zur Verubigung und Belehrung des Polizeipräsidenten unter freiem Himmel, indem sie den § 8 des Vereinsgesetzes ausnützten, der die nachträgliche Verlegung der Versammlung in umfriedetem Garten oder Hof gestattet. Auch bei diesen Versammlungen kam es zu keinen „Ausbreitungen“, sie verliefen so prächtig als der Rückmarsch, der um 12 1/4 Uhr begann und das bekannte riesige Bild bot, das unsere „nicht genehmigten“ Rundgebungen immer tragen. Die Spitze der Heimkehrenden war längst in die Häuser der Stadt gelaucht, da wand sich das Ende erst aus der Morgenausstraße heraus, ein unübersehbares Meer von Menschen, vor dem in Abständen von 10 Schritten Polizisten aller Grade Spalier bildeten. An der Margaretenstraße teilte sich der Zug, alle rechts der Oder Wohnenden wählten die Lessingbrücke zum Uebergang, das Gros fand die Klosterstraße durch Schutzmannsfeilen abgesperrt und begab sich deshalb durch die Brüderstraße und Feldstraße, nirgends einen der zahlreichen Schutzleute belästigend, an das Ufer des Stadtgrabens. Da an der Taschenstraße wieder niemand in die innere Stadt gelassen wurde — auch nicht diejenigen, die dort wohnten — so blieben immer Züge von vielen hundert Personen beisammen. Ein solcher besetzte das Kaiser Wilhelm-Denkmal und brachte dort ein kräftiges Hoch aufs Wahlrecht aus, sodas die Schutzleute mit fliegender Faust heranliefen, um das steinerne Monument zu schügen. Der Zug wählte sich weiter über den Palaisplatz vor das königliche Schloß, besetzte die Rampe und die Wallstraße und ließ die Alfordie des Arbeitsmännerliedes zu den geschlossenen Fenstern des Schloßes hinaufdröhen, um dann unter Hochrufen durch die Graupenstraße und Wallstraße nach dem Königsplatz abzuziehen. Hier allerdings befand sich wieder ein Polizeikommissar, der die Situation nicht zu überschauen fähig war, und mit seinen Mannschaften die Leute, die nach ihren Wohnungen in der Nikolaiorstadt strebten, in die Stadt zurückzutreiben versuchten. Der Kommissar Schmidt geberdete sich dabei furchtbar aufgeregt, er wies sich einer ruhigen Auseinandersetzung unzugänglich drohte den Waffengebrauch an, ließ die Schuppenketten herunterlegen und was dergleichen überflüssige Manöver mehr sind. Ja, sogar auf dem Brückenweg über den Stadtgraben, den die Heimkehrenden nun benutzen wollten, trieb ein Polizeiaufgebot die Leute zurück, ungefähr die widersinnigsten

und verkehrtesten Maßnahme, die sich dort ausdenken ließ. Später schien man das doch eingesehen zu haben und ließ die Leute nach dem Nikolaiort durch. Jetzt ging mit großer Aufregung, was vorher ohne diese gegangen wäre und wie wir hören, sind auf der Friedrich-Wilhelmstraße wegen eines harmlosen Diebes sogar die Verkleiden requiriert und an vereinzelt Stellen die Plempen gezogen worden. Zu Verlegungen und Zusammenstößen ist es jedoch nirgends gekommen. Da für den Fall von Versammlungsaufösungen in Morgenau an anderen Orten vorgefugt war, hielt die Polizei an verschiedenen Stellen verschiedene „liegende Wachen“. In großen Kremsen, deren Jalousien heruntergelassen waren, saßen am Tauengienplatz und am Sonnenplatz die Schutzleute dicht nebeneinandergepreßt wie in einem Kaninchenstall; worauf sie warteten, das blieb im Dunkeln.

Alles verlief in Ruhe und Würde, obgleich sich die Breslauer Polizei gestern einen Streich geleistet hatte, der ihren Ruhm wieder durch alle Winde tragen und das befreiende Lachen ganz Deutschlands auslösen wird. Der Wirt des vegetarischen Speisehauses „Romona“ in der Albrechtsstraße, Herr Bohne, hatte bei dem Polizeipräsidenten um die Genehmigung nachgesucht, vor, in und nach den Versammlungen eine Anzahl Plakate umhertragen zu dürfen, die nichts weiter enthielten, als die Worte:

**Trinkt keinen Schnaps!**

Der Polizeipräsident verbot diese Plakate, weil durch sie der Verkehr und die Ordnung gestört werden könnten. „Trinkt keinen Schnaps!“ Dieser Satz dünkt unserer staatlichen Behörde verkehrstürend, o hätte der Polizeipräsident das stürmische Gelächter hören können, mit dem diese Ablehnung in den Versammlungen begrüßt wurde. Wir dachten immer, die Ordnung würde am ehesten gestört, wenn die Parole lautet: „Trinkt Schnaps!“, unser Polizeipräsident aber verhindert durch seine Maßnahmen, daß den Leuten vom Schnapsgenuß abgeraten wird. Herr, Deine Wege sind wunderbar! Wie scharf die Anordnungen der Behörde waren, das konnte man sehen, als sich Herr Bohne dennoch mit dem Plakat auf die Straße wagte. Polizeikommissar Fackel stürzte sich auf den raschfahrenden Herrn, riß ihm die Plakatsache aus der Hand, übergab das Plakat einem Schutzmann, der es vor den Augen des Publikums zerriß und auf die Oberwiesen schleuberte! So lag die Kulturaufforderung von preußischen Polizeihänden zerissen und zerfetzt auf dem Müll. Der Preußenstaat duldet nicht, daß seinen Arbeitern zugerufen wird: „Trinkt keinen Schnaps!“ Das sagt alles!

So fehlte der großen würdigen Rundgebung auch das Satirispel nicht, das aber ihren Eindruck nicht vermindern konnte. Ueber die einzelnen Versammlungen finden unsere Leser in der Beilage kurze Berichte.

#### Demonstration in Berlin.

Berlin, 13. März. Im Feenpalast fand heute eine von Tausenden von Sozialdemokraten besuchte Volksversammlung statt, um gegen die Wahlrechtsvorlage zu protestieren. Neben wurden gehalten von Herrn v. Gerlach, Frau Deutsch und mehreren Sozialdemokraten. Ein polnischer Abgeordneter erklärte im Namen seiner Parteifreunde: Das Zentrum hat nicht nur das deutsche Volk, sondern auch uns verraten. Die Polen werden nach dem Zentrum nicht mehr hören. Nach der Versammlung zogen die Sozialdemokraten unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht in den Straßen Groß-Berlins umher. In erster Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Demonstranten ist es, nach den bis in später Abendstunde vorliegenden Meldungen, nicht gekommen.

#### Die Nationalliberalen fallen um.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Sonnabend die Verhandlungen über die Wahlrechtsvorlage fort. Zunächst hielt der leitende Staatsmann, nachdem gestern seine Teilnahmelosigkeit an der Beratung über diese für Preußen wohl wichtigste Gesetzesvorlage von den Rednern der Linken kritisiert war, es an der Zeit, sich zu einer Rede zu erheben, die ebenso kurz wie inhaltslos war. Ganz überflüssigerweise versicherte Herr v. Bethmann-Hollweg, daß die Regierung von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen nichts wissen wolle. Das hat auch kein Mensch erwartet, sondern die Frage der Linken ging lediglich dahin, wie sich die Regierung zu den — die ursprüngliche Regierungsvorlage umdrohenden Kommissionsbeschlüssen stellt. Und dazu sagte Herr von Bethmann-Hollweg nichts, aber auch rein garnichts. Obwohl der Gang der Verhandlungen im Plenum zeigt, daß der schwarz-blaue Block auch nicht die kleinste Konzession zu machen gewillt ist, sah der Ministerpräsident in diesen Beschlüssen immer nur noch ein Provisorium und will seine endgiltige Stellungnahme erst abhängig machen von der endgiltigen Stellungnahme aller großen Parteien des Hauses. Das zielt natürlich auf die Nationalliberalen ab, die noch am Freitag den Mund sehr voll genommen hatten und sogar noch am Sonnabend durch den Abgeord-

neten Schiffer eine stellentweise recht entschiedene Polemik gegen die Schwarzen und Blauen hatten halten lassen. Der fernere Verlauf der Debatten aber zeigte, was von den schönen Reden dieser Partei zu halten ist, daß sie bereit ist, die Hand des Herrn v. Seydebrand zu ergreifen, auch wenn die Hand leer ist. Die Beratung nahm ihren Ausgang von dem § 5, den Zentrum und Konservative in der Kommission insofern auf die Bedürfnisse des platten Landes zugeschnitten haben, als sie die Stimmbezirke um die Hälfte verkleinerten. Damit ist auch der Kreis, aus dem die Wahlmänner genommen werden müssen, ein sehr kleiner und es ist auf dem Lande unserer Partei so gut wie unmöglich gemacht, einen Wahlmann, der nachher öffentlich wählen muß, ausfindig zu machen. Die Nationalliberalen versuchten die relativ bessere Bestimmung der Regierungsvorlage wiederherzustellen, hatten jedoch damit kein Glück. Mit Zweidrittel-Mehrheit, über die dank des elenden Dreiklassenwahlrechts Konservative und Zentrum verfügten, wurde der Antrag abgelehnt und somit auch weiterhin dem Terror der Großgrundbesitzer auf dem Lande und damit einer unerhörten Vergeivaltung der Wähler Tür und Tor geöffnet. In der Debatte über diesen Paragraphen war es, in der Herr von Seydebrand den Nationalliberalen zuredete, wie einem kranken Schimmel, doch ja mitzuwirken an dieser „Sache des Vaterlandes“ und damit dem Volke gegenüber auch ihr Teil Verantwortung für die Wahlrechtsvorlage zu übernehmen. Und dieses Nebenwerven des konservativen Führers war nicht umsonst. Dr. Friedberg erhob sich alsbald, sagte zwar den Konservativen noch einige Bescheidenheiten, aber im übrigen kam bereits das Bedauern zum Ausdruck, daß die Gegenätze sich schon so scharf zugespitzt hätten. So werden wir es denn erleben, daß die Volkswuchermehrheit des Reichstags sich nun in Preußen zusammensinden wird, um eine Wahlrechtsreform zu verabschieden, die von allen Freunden des Fortschritts und der Kultur als eine blutige Verhöhnung aufgefaßt werden muß. Vergebens war eine gutgemeinte Rede des freisinnigen Abgeordneten Hoff, der an der Hand einwandfreier Zahlen und überzeugend für jeden, der Gründe hören will, die Widersinnigkeit der Verkopplung von geheimer und indirekter Wahl auseinandersetzte. Der Konservativ von Papenhelm konnte schon sehr zuversichtlich tun, gedraufte kein scharfes Wort mehr gegen die Nationalliberalen und freute sich, daß bei diesen die Zeit der „Verärgerung“ nun vorbei sei. Nur die Fortschrittliche Volkspartei, für die Dr. Pachtke sprach, blieb fest in der Ablehnung jeder Reform, die nicht die direkte und geheime Wahl bringt. Durch einen Schlußantrag verhinderte man unsere Partei, von ihrem Standpunkt aus die Volksfeindlichkeit der Kommissionsbeschlüsse zu diesem Paragraphen klarzulegen. Der nationalliberale Versuch, die Ortteilung in den Urwahlbezirken zu besseitigen und die Einteilung der Wähler einheitlich für die ganze Gemeinde vorzunehmen, wurde abgelehnt, aber nur deshalb, weil das den Besthstand des Zentrums im Westen gefährden würde. Gleichfalls abgelehnt wurde ein nationalliberaler Antrag, die sogenannten Viermarkmänner in Fünfmarmänner zu verwandeln. Hier mußte wiederum das Zentrum den Konservativen Rechnung tragen. Genosse Borgmann nahm hierbei Gelegenheit, die Zentrumsarbeiter auf die volksverräterische Schwacherpolitik ihrer Partei hinzuweisen. Die Beratung gedieh bis zu den von der Kommission getrichenen Paragraphen über die Privilegierung, die vom Plenum bestätigt wurde. Auf Grund eines konservativen Antrages wurde den Wählern ein erhöhtes Wahlrecht eingeräumt, die 12 Jahre lang das Reifezeugnis haben. Auch hier schnitt man unserer Partei das Wort ab, die diese Ungerechtigkeit nachweisen und das Zentrum auch hier als den Stallknecht der Konservativen brandmarken wollte.

#### Theobald vinkuliert sich nicht.

Theobald von Bethmann-Hollwegs Trieb, durch den es sich den Schein geistiger Ueberlegenheit zu geben versucht, (ber, wie er es selbst ausdrücken würde, seine „intellektuelle Präponderanz dokumentiert“) besteht darin, daß er die einfachen Dinge, die wir in schlichtem Deutsch sagen, durch eine geschraubte Beamten- und Fremdsprache den gewöhnlichen Leuten unverständlich macht. Er ist auf sein Latein so stolz wie Herr v. Richthofen-Merischky auf sein Französisch. Und so kommt es, daß der Mann, der im Reichstag das schmerzregende Wort von den „Singularitäten“ (soll heißen Einzelfällen) von sich gab, am Sonnabend das Staatsmännische Defensivmännchen ablegte: „Die Regierung vinkuliert sich nicht.“ Auf Deutsch heißt das: „Ich sage garnichts! Seydebrand tut ja doch, was er will!“

Den Sozialdemokraten und den Freisinnigen sagte der Ministerpräsident: „Die Antwort auf Ihre Fragen ist sehr einfach. Das einfache oder das potenzierte Reichstagswahlrecht, das Sie anstreben, werden wir Ihnen nicht gewähren.“ Bei diesen Worten warf er das Köpfchen trotzig zurück und sah sich neugierig nach beiden Seiten um. Aber es erfolgte weiter nichts. Er glaubte, die Rechte würde Beifall spenden, aber sie gähnte, er meinte, die Linken herauszufordern, die aber jah







Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. März.

Geschichtskalender.

15. März.

- 14 v. Chr. Cajus Julius Cäsar ermordet.
1480 Der Dichter Paul Heyse in Berlin.
1842 Der Komponist Luigi Cherubini in Paris.

Unsere März-Demonstration

Am gestrigen 13. März, genau 62 Jahre nach der großen Märzrevolution in Wien, bedeutet einen so glänzenden Sieg über die Polizei, die sie verhindern wollte, daß wir nicht umhin können, in Ergänzung unseres Artikels an der Spitze des Blattes auch an dieser Stelle noch die interessantesten Episoden und den Verlauf der Versammlungen im Einzelnen zu schildern.

Im „Wappenhof“

waren, als die Nachzügler dort noch alle untergebracht waren, über 250 Personen versammelt. Hier referierte, nachdem der Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Simon, eine Ansprache gehalten, Genosse Albert. Die Versammlung nahm einen überaus lebhaften Verlauf. Als Genosse Albert zum Schluß seiner Rede erklärte: Der Polizeipräsident hat die Kundgebung unter freiem Himmel zwar verboten, aber er kann sie mit allen seinen Polizeikräften doch nicht verhindern, denn wer will uns hindern, diese Versammlung jetzt in den Garten zu verlegen. ...

Im „Rosengarten“

des Genossen Neuberger, der auch stark befehl war, leitete Genosse Neukirch die Versammlung damit ein, daß er das Verhalten der Polizei, des Magistrats und des Breslauer Freisinn sehr kritisierte. Dann geistelte Genosse Feldmann aus Langenbielau die preussische Wahlrechtsfrage und erntete damit stürmischen Beifall. Vor mehr als 60 Jahren haben preussische Proletarier für ihre Menschenrechte das Leben eingelegt und ein freies Wahlrecht errungen. ...

Stadt-Theater.

„Gaz und Zimmermann.“

Oper in 3 Akten von M. Corring.

Am Sonnabend ging dieses im wahrsten Sinne mit „Vollstreckung“ zu bezeichnender Wert unter musikalischer Leitung des Herrn Kapellmeisters Dinesorg in einer wohlhabenderen Gesamtdarbietung in Szene. Das Orchester spielte mit einer nicht genug anzuerkennenden Deutlichkeit, Affektstärke und Plastik, die für die Leistungen der Solisten die rechte Folie bildeten. ...

Nach einem begeisterten Hoch auf das freie Wahlrecht ging die Versammlung auseinander.

Bürgerfeste.

Der Doppel-Saal von Sindermann wurde bereits vor 11 Uhr freiwillig abgesperrt, da seine Dimensionen so ungeheuer sind, daß sich ein einzelner Redner kaum verständlich machen kann. Über es gelang, Unter dem Musikpodium in der Mitte wurden zwei Tische aufgestellt und auf ihnen nahmen nacheinander Genosse Löbe und Herr Dr. Breitscheid aus Berlin Platz, um von dort aus ihre Ansprachen zu halten. ...

Im Theaterfaale von Sindermanns „Bürgerfeste“

sprach Genosse Datz über das polizeiliche Verbot der geplanten Versammlung unter freiem Himmel und hie auf Genosse Böckig aus den Reihen der Arbeiter über die Wahlrechtsfrage. Beide Reden wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen und ein begeistertes Hoch auf ein freies Berufswahlrecht durchbrachte am Schluß der Versammlung den weiten Raum.

Die Versammlung bei Kober,

in der in zwei Sälen von den Sozialdemokraten Schiller, von den Demokraten Kaufmann Siegling sprachen, war so gut besucht, daß die Leiter noch vor Eintritt in die Tagesordnung die Versammlung in den Garten verlegten. Das warme Frühlingswetter war für einen Aufenthalt im Garten viel besser geeignet, wie in den dicht gefüllten Sälen. ...

Im „Glynum“

referierten die Genossen Schütz und Müller, die in kräftigen Worten das Verhalten der Polizei und des feigen Magistrats geißelten und zum unermüdbaren Kampfe gegen diese Stützen des preussischen Junkerstaates aufriefen. ...

Reichskrone.

Hier hatten sich die meisten Frauen versammelt, da bekannt geworden war, daß Frau Friedländer von der Frauenstimmrechtsgruppe das Referat halten würde. Zunächst sprach Genosse Philipp, der in derben Worten die Schwärze der Breslauer Magistrats und der Breslauer Freisinnigen geißelte. ...

Die Paul Varisch-Feier im Stadttheater

Am Sonntag Mittag 12 Uhr vor einem vielköpfigen, den verschiedensten Ständen angehörigen Publikum statt. Wenn der erste Redner der von Herrn Direktor Dr. Loewe inszenierten Veranstaltung, Schriftsteller Paul Keller, behauptete, es gäbe in Breslau eine ganze Menge Leute, die Paul Varisch gar nicht kennen, so liegt das wohl vielfach daran, daß in einer Großstadt die Interessen der Einwohner viel zu sehr auseinandergehen, als daß man von jedem einzelnen eine Beschäftigung mit der Literatur und ihren Vertretern voraussetzen sollte. ...

recht der Ehre und Bildung in Anspruch zu nehmen, das haben neben vielen anderen der Proseß des Grafen Pfeil gezeigt, der ein ganz sonderbares Bild von der Mißhandlung der Frauen auch in diesen Kreisen entwarf. (Beifall.) Nach einem kurzen Schlußwort Philipps und mit einem Hoch auf das Wahlrecht ging die Versammlung auseinander.

Ohne Blankziehen geht es nicht!

Nach dem Zerstreungsvorfall am Stadtgraben hinter dem Bismarckbrunnen, zog ein kleiner Trupp von Demonstranten, etwa 800 Mann, die Friedrich-Wilhelmstraße hinunter, um sich von da naturgemäß von selbst aufzulösen. Das ging aber doch dem starken Polizei-Kommando, das hinter der kleinen Volksmenge marschierte, und bald ebenso zahlreich war, wie die Demonstranten: aufeinander zu langsam. ...

Unsinntige Absperrungen und blanke Säbel.

Von einem Genossen wird uns geschrieben: Ich ging mit einem Trupp von etwa 1000 Personen über den Kreuzerplatz und durch die Wallstraße. Kein Schutzmann war weit und breit zu sehen, weshalb auch die größte Ruhe und Ordnung herrschte. Allerdings sang die Menge Arbeiterlieder und ließ hin und wieder das freie Wahlrecht hochleben, wodurch die Polizeimänner auf dem Königsplatz in Aufregung gerieten. ...

So waren wir doch allmählich glücklich über den Königsplatz und in die Friedrich-Wilhelmstraße gekommen und mit uns Herr Kommissarius Schmidt und seine Untergebenen. Da

Naume nicht den beabsichtigten Eindruck machen, den sie unbedingt im intimen Kreise hervorrufen müssen. Bisher schon schätzten die etwas längeren Dichtungen ab, die Frau von Klüfensfeld gewählt hatte und Frau Sauten, der die wirkungsvollsten Poëme zugefallen waren, brachte eine weitere Steigerung, die bei dem Vortrage der beiden Prosastücke aus Varichs Romanen „Von einem, der auszog“ und „Roman der Kindheit“ durch Herrn Robert Müller ihren Höhepunkt erreichte. ...

Aus aller Welt.

Erfolg der konfessionellen Bekehrung. Ein blutiges Liebesdrama hat sich in dem rheinischen Dörfchen Nubensheim abgespielt. Der 21 Jahre alte, sehr vermögende Landwirt Philipp Walter unterhielt seit mehreren Jahren mit der gleichaltrigen Tochter Maria der ebenfalls sehr wohlhabenden Wittve Singer ein Liebesverhältnis, das die Mutter des Mädchens wegen der Verschiedenartigkeit der Religion (das Mädchen ist katholisch, der Mann evangelisch) nicht gern sah. ...



Stadterordnetenversammlung.

Auf die außerordentliche Sitzung der Stadterordneten, die heute, Montag, stattfand, folgt am Donnerstag dieser Woche die nächste ordentliche Beratung...

Da ist zunächst ein Antrag des Magistrats, daß dem Dresdener Orchesterverein zur Deckung seines in dem Koncertjahre 1908/09 entstandenen Fehlbetrags die Summe von 10,000 Mark zugewandt und der Betrag aus dem Hauptkassenordinarium des Jahres 1909 entnommen werde.

Ein weiterer Antrag des Magistrats geht dahin, für die Städtische Straßenbahn allehalb weitere 20 Triebwagen zu beschaffen und 18 offene Anhängewagen anzuschaffen...

Der nähere Plan des Brausebades und der Volkshochschule nebst Kefehalle auf dem Grundstück Friedrich-Wilhelmstraße 101 sieht einen Gesamtwand von 278,000 Mark für die Bauarbeiten vor.

Der polizeiliche Uebereifer

Nahm bei der gestrigen März-Demonstration hier und da Formen an, die geradezu schreiend komisch wirken. Wenn Rücksichtlosigkeit wirklich tödlich wäre...

Luftballons als — Wahlrechts-Demonstranten.

In dem Augenblicke, als gestern die Spitze des Lufts der Wahlrechtsdemonstranten Morgenau verließ, sah man plötzlich, wie hoch oben in der Luft, da, wohin die Säbel und Revolver der Polizisten nicht reichen...

Ein schlesischer Poet. Der Breslauer Schriftsteller und Dichter Ludwig Sittensfeld, der sich besondere Verdienste um den Humboldtverein und den Verein schlesischer Journalisten...

Herr v. Zedlig-Muskirch spricht — nicht! Für kommenden Sonntag, den 20. März, hatte der konservative Neue Wahlverein von 1878 eine Bürgerversammlung in den großen Saal des Konzerthauses einberufen...

Neuwahlen der Vertreter zur General-Versammlung der Christen in der Arbeitervereine. Die am 16. März Abends 8 bis 10 Uhr im Gewerkschaftshause stattfindende Wahl...

Wie das selbstverständlich ist, hat der Vorstand seine Arbeit in den Dienst der Wohlthätigkeit gestellt und die Kasse finanziell gut geleitet...

Wahlrechtsdemonstrationen. Berlin, 14. März. (S. L. B.) Am gestrigen Sonntag haben in Berlin wieder Demonstrationen gegen die Wahlrechtsvorlage stattgefunden.

Wer ist die tote? Aus der Obse wurde am 13. d. Mts. an der Jüdischen-Brücke hinter Morgenau eine weibliche Leiche gelandet...

Kutscher aufpassen! Ein Radfahrer wurde vorgestern auf der Wälschenerstraße von einem Fuhrwerk, das plötzlich umdrehte, umgerissen...

Gefunden wurden eine goldene Brosche mit echten Perlen, eine Sieder-Tennisse, ein Karton mit Arbeitssachen, ein Binnenein, eine Bille mit Nickelgestell...

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete. Oppeln 9. März. Ein soenannter „Einbaum“, ein aus einem riesigen, mehrere tausend Jahre alten Eichenstamm...

Breslauer Schauspielhaus. „Die Teufelskirche“, Komödie von Adolf Paul. Am Sonnabend kam im Schauspielhause ein Mann zu Worte, der einmal mit bewundernswürdiger Charakteristik...

Wärmern, guimiltigen, überzeugenden Ton, der uns von neuem von seiner großen Künstlichkeit überzeuge. Preußlein Fall, die Trägerin der weiblichen Hauptrolle, zeigte sich, abgesehen...

Neueste Nachrichten.

Wahlrechtsdemonstrationen. Berlin, 14. März. (S. L. B.) Am gestrigen Sonntag haben in Berlin wieder Demonstrationen gegen die Wahlrechtsvorlage stattgefunden.

Frankfurt a. M., 14. März. Hier fanden Mittags 23 Versammlungen statt mit der Tagesordnung: Vor der Enscheldung im preussischen Abgeordnetenhaus.

Athen, 14. März. In verschiedenen Theatralen des Theatralen finden stürmische Volksversammlungen statt, als Proteste gegen die Haltung der Regierung in der thessalischen Grenzfrage.

Sofia, 14. März. (S. L. B.) Eine Liebesgeschichte mit tragischem Ausgang hat sich in der Donaustadt Kustschuk zugetragen. Ein 16 Jahre altes türkisches Mädchen verlobte sich...

Berlin, 14. März. (S. L. B.) Ein Eiferhüchtdrama hat sich in der Nacht zum Sonntag im Hause Wilsenstrasse 10 abgepielt. Dort verlebte der Schloffermeister Urban dem Pöster Knochenmehl...

Wasserstandsberichte der Oder. Table with columns for location (Breslau, Oppeln, etc.), date, and water level.

Berlin, 14. März. (S. L. B.) Ein Eiferhüchtdrama hat sich in der Nacht zum Sonntag im Hause Wilsenstrasse 10 abgepielt.

Wasserstandsberichte der Oder. Table with columns for location (Breslau, Oppeln, etc.), date, and water level.

Bersammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 14. März: Christenkirche der Bierbrauer und Mälzer. Versammlung Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins.







nicht veranlagten Wähler in Anrechnung gebracht wird, von 8 auf 5 Mark zu erhöhen. Schließlich beantragen sie, daß die erste Abtheilung mindestens 10, die zweite mindestens 30 Wähler enthalten muß.

Ein Antrag Wenzel (Nat.) verlangt, daß die erste Abtheilung mindestens zwei Zehntel, die zweite mindestens drei Zehntel der Wähler enthalten muß.

Ein Antrag von Dewitz (Konf.) und Fieberhoff (Frl.) will für die Stadtkreise die Maximierung auf 10.000 Mark erhöhen und zugleich, daß die Maximierung vom 1. Januar 1915 ab alle 5 Jahre um 1000 Mark steigt.

Abg. Borgmann (Soz.): § 6 hält die Dreiklassen-Einstellung aufrecht. Bei der Zusammenlegung des Hauses wird daran nichts zu ändern sein. Für die Rechte handelt es sich um eine reine Machtfrage. Hier im Hause — nicht draußen im Lande — haben Sie die Macht, und so glauben Sie, daß Sie es nicht nötig haben, auf das Volk Rücksicht zu nehmen. In Wirklichkeit aber befinden sich die Machtverhältnisse in einer höflichen Verschiebung. Es ist klar,

die Machtverhältnisse, auf die wir uns stützen, sind im kräftigen Vormarsch.

(Zustimmung bei den Soz.) Das haben auch die Herren von der Rechten erkannt, und deshalb treten die Herren Sebebrand und Wappenstein hier auf als Kalkenfänger von Gameln, um die Nationalliberalen zu gewinnen. (Sehr gut! bei den Soz.) Hat doch Herr von Sebebrand heute sogar von dem „Ernst der Lage“ und von seinen „ernsten Absichten“ gesprochen. Ja sogar davon, daß sie die Absicht hätten, eine angebliche Verbesserung des Wahlrechts herbeizuführen. Vor zwei Jahren sah es anders aus, da sagten Sie, daß es Ihnen gar nicht einfiel, an dem Gebäude des Dreiklassensystems rütteln zu lassen. Das ist schon ein Abbröckeln als Folge veränderter Machtverhältnisse. An uns wird es liegen, daß die Verschiebung der Machtverhältnisse

immer wirkungsvoller in die Erscheinung tritt.

(Zustimmung bei den Soz.) Die Idee der sogenannten Maximierung stammt schon aus dem Jahre 1892. Mit der 5000 Mark-Grenze soll erreicht werden, daß der Fiskus unbedeutende Verluste erleidet, daß gewisse Leute in hohen Staatsstellungen gezwungen sind, mit ihrem Vortier in einer Klasse zu stehen. Davor aber, mit einem Vorbehalt in der ersten Klasse zu stehen, gemieren sich diese Herren nicht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit der Maximierung, die in ihrer Gesamtwirkung jedenfalls keine Verbesserung ist, fehlt die sogenannte Minimierung im Zusammenhang, wonach jedem Wähler eine bestimmte Summe angerechnet werden muß. Sie soll jetzt von 3 auf 4 Mark erhöht werden. Das ist eine sehr erhebliche Erhöhung, zumal ja diese Wähler ja doch immer in der dritten Abtheilung bleiben.

Der Absatz 5 des § 6 hält, wo direkte Gemeindesteuern nicht erhoben werden, die Abrechnung der vom Staate veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer aufrecht, somit also die Ungleichheit, daß auf der einen Seite die Steuern über 5000 Mark nicht angerechnet werden, während man auf der anderen Seite nicht bezahlte Steuern anrechnet. Damit will man erreichen, daß in den Gemeinden, wo die steuerlosen Agrarier leben, die trotz hoher Einkommen keine Steuern bezahlen, diese Herren die Möglichkeit erlangen, trotzdem in der ersten Abtheilung zu wählen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hier und im Lande werden wir immer wieder darauf hinweisen, daß ebenso wie unsere Steuererhebung auch dieses ganze Gesetz zu Gunsten der Besitzenden und zu Ungunsten der Besitzlosen zugeschnitten ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Aufrechterhaltung eines solchen Zustandes mag für die Erhaltung Ihrer Macht sehr günstig sein. Das Volk aber wird empfinden, daß es zu rechtlosen Selbsten gemacht wird. (Zustimmung bei den Soz.) Die Machtverhältnisse werden sich immer stärker zu unseren Gunsten verschieben.

Sogar die Thronrede

hat ausdrücklich ausgesprochen, daß die Wahlreform den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen soll. Aber das Zentrum ist den Konservativen beigegeben, um der herrschenden Klasse auch weiterhin eine überwiegende starke Vertretung zu sichern. Es hat damit am Volke und besonders an den Arbeitern, die heute noch dem Zentrum anhängen, schweren Verrat geübt. Aber diese Arbeiter werden schon bald erkennen, in welcher Weise das Zentrum ihre Lebensinteressen wagt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Abg. Jambusch schließt mit dem Kopf.) Ich kann mir denken, Herr Abg. Jambusch, daß Sie die Notwendigkeit fühlen, mir zu widersprechen, aber ich habe die feste Überzeugung, daß Ihre Wähler Sie

Die Bildung ist unter den Arbeitern in einer Aufwärtsbewegung begriffen, auch unter den Zentrumsarbeitern. Und je höher die geistigen Fähigkeiten der Arbeiter steigen, um so schneller werden sie erkennen, wie das Zentrum wieder einmal ihre Interessen mit Füßen getreten hat. (Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Maffewitz (Konf.): Allerdings stehen wir auch heute noch auf dem Standpunkt, daß es besser gewesen wäre, an dem wohlgefügten Bau des Wahlrechts gar nicht zu rütteln. Wir haben uns aber für verpflichtet gehalten, ein königliches Wort einzulösen. Nicht wir, die Sozialdemokraten treiben ein gefährliches Spiel mit dem Volke. Den Nationalliberalen sind wir entgegengekommen, aber wir müssen auch Gegenstücke sehen. (Sehr richtig rechts) Die Drittelung der Wahlkreise entspricht den Interessen des Mittelstandes. Die Maximierung schränkt die behauptete plutokratische Wirkung des jetzigen Systems ein, eine Voraussetzung auf 10000 Mk. würden wir aber nicht ohne weiteres von der Hand weisen. Die allmähliche Erhöhung helfen wir gut. Im gegenwärtigen Stadium halten wir aber an den Kommissionsbeschlüssen fest.

Abg. Waidmann (Soz.): Die Erklärung des Abg. Maffewitz, warum die Konservativen jetzt für eine Reform sind, ist nicht ausreichend. In Wirklichkeit sind sie es deshalb, weil der Moment ihnen günstig ist, sie können sich den Anschein einer Reform geben, ohne daß es ihnen etwas schadet. Das Zentrum macht gerade ein günstiges Angebot. (Beifall links) — Redner bekräftigt den fortschrittlichen Antrag, um den plutokratischen Charakter des Systems abzuweichen. (Beifall links.)

Abg. Gansmann (Nat.): Wenn das Zentrum sich bereit erklärt, den Antrag Dewitz-Fieberhoff anzunehmen, so wollen wir unsere Anträge zurückziehen. Die Annahme dieses Antrages wäre eine wesentliche Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse. Wir hoffen, das Zentrum ist wie wir bereit, auf den Boden der Vermittlung zu treten. (Bravo! h. d. Nat.)

Minister des Innern von Nolte: Die Regierung setzt dem Antrag Dewitz-Fieberhoff grundsätzliche Bedenken nicht entgegen. (Gürtel hört links.)

Abg. Freiherr von Seibitz (Freikonf.): Von der schließlichen Gestaltung des § 6 hängt unsere Stellungnahme zum ganzen Gesetz ab. Die Drittelung in den Wahlbezirken hat zu solchen Ungleichheiten geführt, daß wir in den Angriffsflächen, die sie bietet, eine schwere Gefährdung des Dreiklassensystems erblicken. (Sehr richtig! bei den Freikonf.) Als überzeugte Anhänger dieses Systems wollen wir die Drittelung in den Wahlbezirken mit ihren Ungleichheiten beibehalten. Durch diese Drittelung wird die volle Steuerleistung als Gradmesser des Wahlrechtes ausgeglichen. Sie steht also im Widerspruch zu den Grundideen des Dreiklassensystems. (Sehr richtig! bei den Freikonf.) Ein Maximalbetrag von 5000 Mark entspricht auf die Dauer nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wir bitten aus diesen Gründen um Annahme unserer beim nationalliberalen Antrag. (Beifall bei den Freikonf.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Der Antrag Dewitz-Fieberhoff wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Freikonf. und etwa des 4. Teiles der Konservativen abgelehnt, ebenso alle anderen Änderungsanträge. Die §§ 6 und 7 werden gegen die Stimmen der Linken in Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 8, 9, 10, 11 werden gemeinsam beraten, 8, 9 und 10 enthalten die Bestimmungen über die

Beförderung in höhere Abteilungen,

während 11 die Bestimmungen über den Nachweis dieser Ansprüche festsetzt. Die Kommission hat diese 4 Paragraphen gestrichen. Ein Antrag Ahrens (Konf.) will nun der zweiten Abtheilung diejenigen Wähler dritter Klasse zuweisen, die vor wenigstens 12 Jahren die zum akademischen Studium berechtigende Reifeprüfung bestanden haben, sowie außerdem diejenigen, die entweder dem Reichstage, dem preussischen Landtage, Verwaltungskammern, Berufsammern oder im unbefeldeten Ehrenamt kommunalen Verwaltungskörpern angehören oder 10 Jahre angehört haben. Ein Antrag Virel (Freikonf.) will, daß der nächsthöheren Abtheilung zugewiesen wird, wer entweder vor wenigstens 10 Jahren in Preußen eine Prüfung bestanden hat, zu deren Ablegung das Bestehen der Reifeprüfung an einer höheren Lehranstalt und Studium auf einer Universität oder sonstigen akademischen Lehranstalt erforderlich ist, oder dem Reichstage, dem preussischen Landtage angehört oder wenigstens 7 Jahre angehört hat, oder gewähltes Mitglied einer Verwaltungsbehörde oder Berufskammer ist oder 7 Jahre lang war. Der zweiten Abtheilung sollen alle Drittklassigen zugewiesen

amt Mitglied einer kommunalen Behörde oder Vorsteher einer Anstalt sind, oder 7 Jahre lang waren. Ein Antrag von Freiberger (natl.) will den Antrag Virel annehmen mit der Maßnahme, daß auch die Prüfung für den höheren Verwaltungsdienst zum Aufsteigen berechtigt. Er will weiter die Einschränkung, daß eine 7jährige Mitgliedschaft in den im Antrag Virel genannten Parlamenten und Körperchaften vorhanden sein muß, streichen, und auch den Mitgliedern der Bergauschüsse, Kreisräte und Stadtverordnetenversammlungen die gleichen Rechte einräumen.

Abg. v. Gieseler (Konf.): Prinzipiell ist für uns die Grundlage des Wahlrechts die Steuerleistung. Wir glauben aber der Regierungsvorlage mit einer Privilegierung von Bildung und gemeinnütziger Tätigkeit oder Verdiensten im Staatsdienst entgegenkommen zu sollen. Insbesondere die Vorlage bedurfte der Abänderung. Unsere Vorschläge sind jedenfalls einfacher als die der Nationalliberalen. Hoffentlich kommen wir wenigstens hier zu einer Verständigung.

Abg. Virel (Freikonf.) begründet seinen Antrag, der die gebildeten Schichten der Nation zweckentsprechend berücksichtigen soll.

Abg. Träger (fortsch. Volksp.): Wir lehnen die Anträge ab. Beiartige Begünstigung einzelner Kreise verleiht nur andere Kreise und erschweren vor allen Dingen die organische Fortentwicklung des Wahlrechts. Wenn das Vaterland in Noth ist, fragt man nicht, wer ist Wähler erster, Wähler zweiter und Wähler dritter Klasse. Dann sind wir alle gleich! Darum sollten wir auch bei der Wahl alle gleich sein. (Beif. links.) Ich warne vor dieser Reform. Es ist ein verhängnisvolles Werk für unser ganzes Land. (Lebh. Beifall links.)

Unterstaatssekretär Pöls: Die Staatsregierung wird es sehr bedauern, wenn neben der Steuerleistung nicht auch die Bildung Berücksichtigung finden sollte. Wir freuen uns aber, daß Anträge gekommen sind, die an die Vorlage anknüpfen können jedoch im einzelnen jetzt noch nicht Stellung nehmen.

Abg. Dr. von Campe (natl.): Unser Antrag will im Gegensatz zu den Freikonf. nicht die Examenweisheit begünstigen. Was wir privilegieren wollen, ist die Verwahrung im öffentlichen Leben, die Erfahrung und das Alter. Ein Schlußantrag wird angenommen.

Personlich bemerkt

Abg. Leinert (Soz.): Die Sozialdemokratie ist durch den Debatte Miß leid wieder verhindert worden, nachzuweisen, daß jede Privilegierung bestimmter Schichten des Volkes eine Ungerechtigkeit ist und daß das Zentrum sich auch hier wieder als

Stillschlichter der Konservativen bewährt hat. (Bravo! h. d. Soz. Abg. Liebknecht (Soz.) ruft Veracht!)

Vizepräsident Dr. Borck (unterbrechend): Diese Bemerkung war nicht persönlich.

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt mit Ausnahme des Antrages Ahrens (Konf.), welcher die Wähler dritter Klasse in die zweite verweist, die vor wenigstens 12 Jahren die zum akademischen Studium berechtigende Reifeprüfung bestanden haben. Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

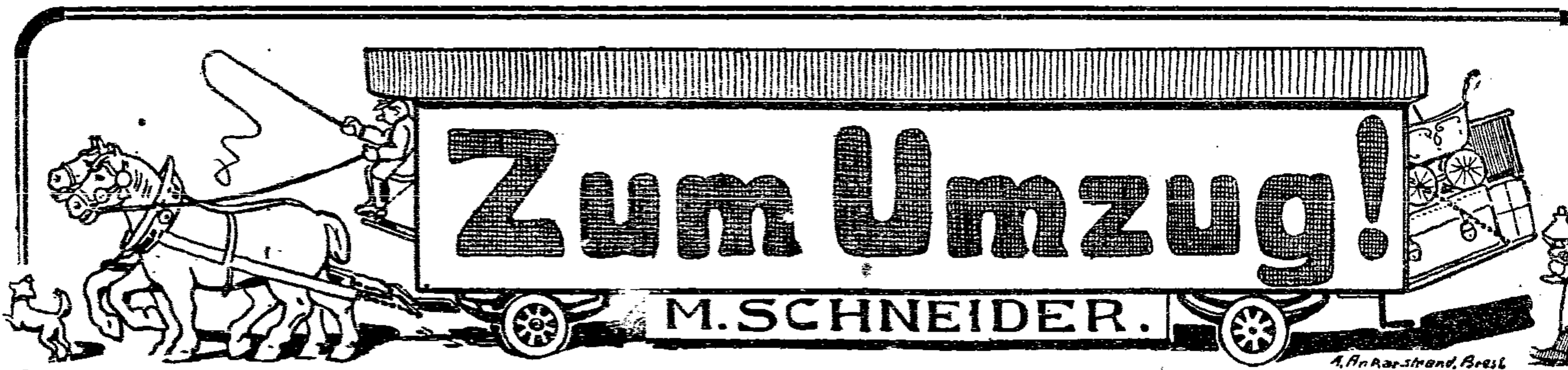
### Arbeiterbewegung.

Ein Streik im Frankfurter Schuhmachergewerbe erscheint unvermeidlich. Die Meister haben Verhandlungen auf Grund des von den Gehilfen eingereichten Fohutariffs abgelehnt. Die Vertreter stellen an die Gehilfen das Ansuchen, den eingereichten Tarif zurückzugeben. Die Gehilfenvertreter waren bereit, über die kritischen Punkte des Tarifs in Verhandlungen einzutreten und gaben den Meistern anheim, ihre Vorschläge zu machen. Auch dieser Vorschlag wurde von den Meistern abgelehnt. — Frankfurt a. M. ist von Schuhmachern zu meiden, da es jedenfalls in den nächsten Tagen zum Streik kommt.

### Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Montags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Zustunfts wird nur ausnahmsweise erteilt.

D. G. Es geht natürlich nicht an, daß wir vor allen Dingen warnen. Es gibt gewiß überall Mißstände, aber wollen wir, wenn wir deshalb den Eltern den Rat geben würden, ihre Kinder überhaupt nichts werden zu lassen? Uebrigens wird die Lehrlingsfrage Ihres Gewerbes nicht durch einen Bericht an die „Volkswacht“ gelöst.



Ein Posten  
**Teppiche**  
ältere Muster, aber gute Qualitäten in Tapestry, Plüsch, Axminster in jeder Größe bis  
**25%**  
unter Preis.

Teppiche und Läuferstoffe  
Linoleumteppiche und Läufer  
Gardinen — Stores  
Tüll- und Spachtel-Bettdecken  
Fenster-Dekorationen  
Tisch- und Diwanddecken

Eisenbettstellen  
Matratzen und Keilkissen  
Gardinenstangen  
Steppdecken — Schlafdecken  
Balkon- und Gartenmöbel  
Kleinformel — Dielenmöbel

Rouleaux- und Vorhangstoffe  
Markisendrells  
Fertige Bettwäsche  
Fertige gefüllte Betten  
Wäsche und Bettstoffe  
Bettfedern und Daunen

Die neueste Mode für Innen-Dekoration sind  
**Künstler-Stoffe**  
in aparten Farben und kleinen Mustern.  
Die Stoffe sind doppelseitig gewebt und daher ein Unterfüttern derselben überflüssig.

**M. Schneider,** Breslau, Neue Schweidnitzerstr. 1  
vis-à-vis Kaiser Wilhelm-Denkmal.